

## **Erklärung der „Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen“ zu den aktuellen Ereignissen im Nahen Osten**

Der Vorstand der „Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen“ (GÖAB) hat sich heute ausführlich mit den jüngsten Ereignissen im Nahen Osten befasst und festgestellt:

1. Die Bildung spontaner Aktionsplattformen und Komitees, die für Demokratie, wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Gerechtigkeit eintreten, sind das Ergebnis gravierender gesellschaftspolitischer Defizite in arabischen Staaten. Neben diesen Defiziten sind de facto alle arabischen Staaten mit völlig ungelösten Generationsproblemen konfrontiert. Eine anerkennenswerte Bildungspolitik hat in den sehr jungen Staaten eine breite Schicht gut ausgebildeter junger Menschen entstehen lassen, denen weder auf politischem Gebiet noch auf beruflicher Ebene befriedigende Betätigungsmöglichkeiten geboten werden. Diese „demografische Zeitbombe“ wurde zum Auslöser der jüngsten revolutionären Bewegungen.
2. Die GÖAB anerkennt die grundsätzliche Berechtigung dieser Bewegungen, die sich auch durch Gewaltlosigkeit auszeichnen.
3. Die GÖAB verurteilt hingegen die teilweise exorbitante Gewaltanwendung von Sicherheitskräften und appelliert an die verantwortlichen Politiker in den betroffenen Staaten, diese unverzüglich einzustellen und einen politischen Dialog zu ermöglichen.
4. Die GÖAB anerkennt andererseits mit Genugtuung trotz zuwiderlaufender Tendenzen und gezielter Desinformationen eine Initiative zu einem friedlichen interreligiösen Dialog und konkreten Kooperationen, wie sie beispielsweise auch in gemeinsamen Aktionen muslimischer und christlicher Gruppen jüngst in Ägypten zum Ausdruck gekommen sind.
5. Die GÖAB kritisiert die Beziehungen westlicher Regierungen, insbesondere der USA zu den nahöstlichen Diktaturen. Aus falsch verstandenem Glauben an Stabilität und wirtschaftlichem Nutzen hat man viel zu lange zu den bekannten Menschenrechtsverletzungen geschwiegen und sich damit de facto mitschuldig an der katastrophalen Situation im Nahen Osten gemacht. Bei allem Verständnis für eine Eindämmung des absolut zu verurteilenden radikal-islamistischen Terrors a la Al Qaida hat dies nahöstlichen Diktatoren eine willkommene Rechtfertigung ihrer eigenen Menschenrechtsverletzungen gegeben. Auch die de facto ohne wirksame Maßnahmen zur Kenntnis genommene völkerrechtswidrige Besatzungs- und Vertreibungspolitik Israels hat zu einer Schiefelage der westlichen Nahostpolitik geführt.

6. Die GÖAB fordert daher von der Österreichischen Bundesregierung und von der EU eine neue Nahostpolitik. Diese muss:
- \* verstärktes Eintreten für Demokratie, Menschenrechte, good governance und Gleichberechtigung der Geschlechter sichtbar machen;
  - \* den Aufbau von fairen Wirtschaftsbeziehungen fördern, die den nahöstlichen Staaten die gleichen wirtschaftlichen Rechte wie den europäischen einräumen;
  - \* einen „Marshallplan“ für die notleidenden arabischen Staaten organisieren;
  - \* eine radikale Reform der bisherigen EU-Nachbarschaftspolitik, insbesondere in Bezug auf die sogenannte Mittelmeerunion, formulieren;
  - \* die europäische Unterstützung des Auf- und Ausbaues demokratischer Strukturen und Institutionen, z.B. auch durch die Entsendung europäischer Wahlbeobachtergruppen zu den verschiedenen bevorstehenden Wahlen, intensivieren;
  - \* die EU-Position im israelisch-palästinensischen Konflikt unter Beachtung des Grundsatzes einer Zweistaatenlösung, wie sie in zahlreichen UN-Resolutionen verankert ist, neu formulieren;
  - \* und die Instrumente zur Förderung der Zivilgesellschaft im Nahen Osten ausbauen helfen.
7. Die GÖAB ist bereit, sowohl im Rahmen von verschiedenen Maßnahmen der Österreichischen Bundesregierung als auch der EU mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften mitzuwirken.

Wien, 23.2.2011